

GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Auf der Suche nach Weg und Sinn

Die Sowjetunion, das „Vaterland der Werktätigen“, die „lichte Zukunft der Menschheit“, der „Freund der unterdrückten Völker“, der „unverbrüchliche Bund freier Republiken“, ist von der Landkarte verschwunden. Damit ist auch die Grenze des einstigen Zarenreichs – erweitert durch die sowjetischen Eroberungen – ausgetilgt. Die Ersatzkonstruktion der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) ist eine lockere Konföderation, in der sich die neuen Staaten um Grenzen, Waffen, Liegenschaften, Gelder streiten.

Als mächtigster Faktor ist die Russische Republik – die einstige RSFSR – erhalten geblieben. Sie umfaßte einst drei Viertel des Territoriums der gesamten Sowjetunion. 1989 zählte sie 147 Millionen Menschen, bei einer Gesamtbevölkerung der Sowjetunion von 286 Millionen. Aber auch dieser Koloß steht auf unsicheren Füßen. 21 Gebiete Rußlands haben sich zu Republiken erklärt, fordern eigene Rechte, lehnen Kommandos aus Moskau ab.

Die ideologische Klammer, der staatlich verordnete und allgegenwärtig durchgesetzte Marxismus-Leninismus, wurde vom Rost der Wirklichkeit zerfressen. Die Millionen Menschen, die im Bürgerkrieg und im „Großen Vaterländischen Krieg“ für die Sowjetmacht ihr Leben gelassen haben, werden heute aufgerechnet gegen die Millionen Schlachtopfer der Sowjetmacht. Zurückgeblieben ist ein Rußland, dessen Menschen nicht nur um das tägliche Brot bangen. Die Älteren fragen sich: „Wofür haben wir gelebt und gelitten?“ Die Jüngeren fragen: „Wofür lohnt es sich zu leben?“

Natürlich gibt es noch Millionen Menschen in Rußland, die ihre Hoffnung auf einen „reformierten Sozialismus“ richten. Mit dieser Parole hat auch Gorbatschow seine Perestroika begonnen. Und natürlich gibt es noch Millionen von überzeugten Kommunisten, die inzwischen eine ganze Reihe kommunistischer Ersatz- und Nachfolgeparteien gegründet haben. Der mißglückte Staatsstreich vom August 1991 hat die einstige KPdSU entmachtet.

Aber sie ist noch nicht tot. Am 13. Juni 1992 fand in Moskau eine Zusammenkunft von Mitgliedern des einstigen ZK der KPdSU unter Leitung von K. Nikolajew statt. Das Plenum dieser Zusammenkunft löste das (sowieso nicht mehr bestehende) Politbüro und Sekretariat des ZK auf und beschloß, bis Ende 1992 eine XX. Parteikonferenz durchzuführen. Das Plenum stieß ferner Gorbatschow aus der KPdSU aus „wegen der Zersetzung von Partei und Staat und Verrat an den Interessen des werktätigen Volkes“.

Nachdem 1990 die in der Verfassung verankerte Führungsrolle der KPdSU getilgt worden ist, sind zahlreiche politische Gruppierungen und Parteien in Rußland entstanden. Sie sind auch im Volksdeputiertenkongreß Rußlands vertreten, doch haben dort die Rückwärtsblickenden nach wie vor eine starke Position. Jelzins verzweifelte Versuche, mehr Vollmachten zu bekommen, strudeln zwischen diesen Parteirichtungen hin und her.

Noch ist keine politische Partei zu erblicken, die die Weiterentwicklung zu einer Demokratie (im westlichen Sinn) durchsetzen könnte. Ein Haupthindernis hierfür ist die Tatsache, daß es in Rußland nie eine funktionierende Demokratie gegeben hat. Man kann nicht auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgreifen. Demokratie ist nicht eingeübt worden, die Einsicht, daß jede Demokratie (z.B. für eine Koalitionsbildung) auf Kompromisse angewiesen ist, fehlt.

Eine Demokratie kann man nicht importieren wie Coca-Cola oder Hamburger. Eine Voraussetzung – unter anderen – ist Denkweise und Verhalten der Bevölkerung. Die russische Bevölkerung hat nur nebulöse Vorstellungen von einer westlichen Demokratie. Sie weiß, daß in den westlichen Demokratien die Menschen wohlhabend sind, und meint, man könne eine Marktwirtschaft einführen oder übernehmen, so wie man früher einen Fünfjahresplan ein- und durchgeführt hat.

Unter den zahlreichen Faustregeln für politische Veränderungen gibt es zwei, die gleichsam entgegengesetzt auf einer Theorieskala angesie-

delt sind. Die eine Faustregel sagt, daß man Institutionen schaffen oder ändern muß, Gesetze schaffen, die zum Beispiel die Gewaltenteilung garantieren; kurz und gut: Struktur und Gebäude müssen völlig verändert werden. Die Vertreter der entgegengesetzten Theorie sagen darauf: Ihr könnt Gesetze, Verfassung, Gewaltenteilung, Verfassungsgericht oder sonst etwas einführen, proklamieren. Das nützt alles nichts, wenn die Menschen sich nicht ändern. Eine Demokratie kann noch so gut konstruiert sein, aber sie kann nicht funktionieren, wenn die Bürger eine Sklavenmentalität haben.

Wie lange hat es denn gebraucht – seit der Paulskirche (1848) –, bis es in Deutschland eine funktionierende und stabile Demokratie gab? Es braucht nicht erklärt zu werden, daß die beiden Faustregeln in der politischen Wirklichkeit untrennbar miteinander verknüpft sind, also nicht als ein „Entweder-Oder“ umgesetzt werden können. Wenn es bei der ersten Theorie um Institutionen und Strukturen eines Staates geht, so gibt es hierfür reichlich Vorschläge russischer Parteigruppierungen. Doch selbst dann, wenn treffliche Vorschläge zu Gesetzen und Institutionen werden, können sie nur verwirklicht werden, wenn sie ernst genommen werden. Nach Jahrzehnten der Willkür und Unfreiheit, die rundherum eingerahmt waren von sogenannten Gesetzen, fehlt nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch im Staatsapparat weitgehend die Fähigkeit, in rechtsstaatlichen Kategorien zu denken.

Gehen wir noch eine Stufe tiefer. Das sogenannte sozialistische System hat nicht etwa eine Solidarität der Werktätigen, ein Bündnis zwischen den Herrschenden und den Beherrschten hervorgebracht. Willkür und Brutalität, Betrug und Diebstahl, eine allgemeine Demoralisierung breitete sich aus, die alle Bereiche des Lebens erfaßte, teils völlig durchtränkte. Den offiziellen Lügen standen die „privaten“ Lügen gegenüber, die man zum Überleben brauchte.

In Rußland ist vom „Moralkodex der Erbauer des Kommunismus“ nichts geblieben. Diejenigen, die sich in Rußland heute noch darauf berufen, haben vorher alle Verbrechen der Vergangenheit, alle Herabwürdigung der Menschen zu Sklaven unter einen ideologischen Teppich ge-

kehrt. In jüngster Zeit hat man damit begonnen, Dokumente Lenins aus den Archiven hervorzuholen, die man nicht in die „Vollständigen Werke W. I. Lenins“ aufgenommen hatte. Es sind Zeugnisse der Menschenverachtung, der Brutalität.

Hinter jeder politischen Richtung, jedem politischen Programm steht ein Bild vom Menschen, selbst wenn es im Text nicht ausformuliert ist. Die größte Lüge des real existierenden Sozialismus war die Diskrepanz zwischen dem propagierten Menschenbild und der Realität. In der Propaganda war der Mensch nicht nur der Herr über Not und Ausbeutung, sondern auch der Bezwingen der Natur, der Flüsse umlenkte, ins Weltall aufbrach. In der Wirklichkeit war er ein rechtloser Sklave, Bauschutt im Fundament eines babylonischen Turms des Sozialismus, der sich in eine Ruine verwandelt hat.

Für alle Sowjetbürger, für alle Russen war klar, als das Reich der verlogenen Schatten zerbrach, daß man für das Weiterleben neue Werte, ja einen neuen Menschen braucht. Die verblendeten Altkommunisten kramten in den Trümmern nach den einstigen Werten des „wahren“ Sozialismus, um sie zum Leben zu erwecken. Sie meinen, diese bei Marx, Engels und Lenin zu finden. Die Mehrheit jedoch wollte nicht mehr in diesem Vergangenheitsmüll nach verborgenen Schätzen suchen.

Zwei Fundstätten bieten sich an: Nationalität und Religion. Das einstige Regime hatte versucht, aus dem Nationalbewußtsein ein Folkloremuseum zu machen, dessen Leitung in russischer Hand lag. Die Religion sollte vollständig verschwinden, nachdem der Marxismus-Leninismus zur Ersatzreligion gemacht worden war. Beides gelang nicht. Sicherlich ungewollt und unbewußt begann eine Art Konkurrenz zwischen Nationalbewußtsein und Religion im Streben nach neuen – oder auch alten – Werten.

Dort, wo sich Nationalität und Religion ganz oder weitgehend deckten, schien das Ergebnis klar zu sein. Diejenigen, für die es zutraf, schienen wieder Boden unter den Füßen gefunden zu haben. Gleichsam mit göttlicher Hilfe hatte man die eigene Identität rekonstruiert. Doch der Anschein verhüllt eine brisante Tatsache: In vielen Fällen hat der Nationalismus die Religion in sei-

nen Dienst genommen. (Im islamischen Bereich liegen die Dinge anders.) Und der Nationalismus trat nicht in geläuteter, moderner Form auf, sondern eher im Gewand eines Nationalismus des 19. Jahrhunderts. In der Werteskala stand die Zugehörigkeit zur eigenen Nation, zur eigenen Sprache und Kultur an oberster Stelle. Der Schritt zum Chauvinismus ist nur klein.

Angesichts des immer rascher werdenden Zusammenbruchs hatten auch überzeugte Atheisten und Kommunisten Hilfe bei den Religionsgemeinschaften gesucht, um aus dem moralischen Sumpf herauszukommen. Dies war auch einer der Gründe für die Beendigung der Religions- und Kirchenverfolgung in der einstigen Sowjetunion. Dies war auch ein Hauptgrund für Gorbatschow, der Atheist war und geblieben ist. Der Premierminister der damaligen RSFSR, Iwan Silajew, hat das 1991 in einem Interview „Wir kommen ohne Gott aus“ sehr offen und klar ausgedrückt. An Gott glaube er nicht, so sagte er, daher brauche man auch dessen Hilfe nicht. Man brauche jedoch die Hilfe der orthodoxen Kirche und der anderen Religionsgemeinschaften, denn dort gebe es noch Geist und Sauberkeit. Gemeint waren: Wahrhaftigkeit, Werte, Moralvorstellungen.

Tatsächlich wurde in allen einstigen Unionsrepubliken die Verfolgung der Religionsgemeinschaften eingestellt. Lettland, die UdSSR, Rußland, die Ukraine, Usbekistan erließen Religionsgesetze. Gotteshäuser wurden zurückgegeben, die Religionsgemeinschaften durften Periodika und Schriften herausbringen. Sonntagschulen begannen mit der Unterrichtung von Kindern. Bibel und Koran wurden gedruckt oder eingeführt. Und immer wieder wurde betont, die moralischen Forderungen, zum Beispiel die Zehn Gebote, seien unerlässlich beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, eines demokratischen Rechtsstaats.

Was über Jahrzehnte hinweg verwüstet und zerstört worden ist, läßt sich nicht in wenigen Jahren zurückholen. Es mag sein, daß es heute auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion (heute etwa 290 Millionen Einwohner) etwa 20 oder sogar 25 Prozent Angehörige von Religionsgemeinschaften gibt. Das bedeutet aber, daß 75 oder 80 Prozent mehr oder weniger überzeugte

Atheisten sind. Natürlich gibt es unter ihnen viele, die sich der Anstrengung einer Auseinandersetzung entziehen, die eingestehen: Irgendwo und irgendwie wird es vielleicht eine Schicksalsinstanz geben. Dies reicht aber zweifellos nicht aus, um ein Leben daran zu orientieren.

Eine weitere Schwierigkeit wird zumeist bei uns übergangen. In einer Verfolgungssituation besteht für jede Gemeinschaft, auch für die Religionsgemeinschaften, die Gefahr, ihr Selbstverständnis gleichsam einzufrieren. Jede Änderung scheint gefährlich zu sein, selbst unwichtige Dinge werden festgehalten. Der Kampf ums Überleben läßt kaum Raum, um erkannte Mängel zu überwinden, die eigene Position wissenschaftlich, theologisch zu überprüfen. Während auf der einen Seite Gläubige mit bewundernswertem Mut größte Opfer auf sich nehmen, entsteht ein Abstand zu den Gläubigen in Ländern, wo Religion frei praktiziert werden kann. Die Verfolgten, die „kleine Herde“, verstehen kaum, worüber zum Beispiel im kirchlichen Bereich im Westen diskutiert wird: Frauen als Priester, Jungfrauengeburt, Demokratisierung der Kirche, Empfängnisverhütung usw. Der Katechismus ist „dort drüben“ vielfach noch der Katechismus, der vor Beginn der Verfolgungszeit gedruckt worden ist.

Kritisch kann dies werden, wenn zu diesen Fragen weitere hinzukommen, die nicht rein religiös einzuordnen sind. Die Hierarchie der unierten katholischen Kirche in der Ukraine (genauer: in Lwow/Lviv/Lemberg) nimmt verständlicherweise eine kritisch-distanzierte Haltung gegenüber dem Moskauer Patriarchat ein. Das Moskauer Patriarchat hat ja aktiv mitgewirkt bei der Liquidierung der unierten Kirche. Der Heilige Stuhl hingegen möchte – im Rahmen der Ökumene – eine Milderung der Spannungen. Was kann ein Abgesandter aus dem Vatikan auf den Vorwurf antworten: „Was wißt ihr schon von unserer Situation? Wer von euch ist denn im Gefängnis gewesen? Redet doch mit unseren verfolgten Priestern, Gläubigen, Bischöfen! Setzt euch gefälligst dafür ein, daß man uns wiedergibt, was uns geraubt worden ist!“

Damit sind wir bei Zwistigkeiten zwischen den Religionsgemeinschaften angelangt. Oft sind sie mit nationalen Fragen verquickt. So ist das

Moskauer Patriarchat außerordentlich verärgert über die Aktivitäten der katholischen Kirche in Moskau und in Sibirien. Diese „russischen Gebiete“ sollten – so meint man im Patriarchat – eigentlich den Orthodoxen vorbehalten bleiben. „Prosyletismus“ lautet der Vorwurf gegenüber den Katholiken.

Über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen christlichen Armeniern und muslimischen Aserbajdschanern wird fast täglich berichtet. Aus dem – der Tradition nach – muslimischen Mittelasien der einstigen Sowjetunion wird berichtet, daß man dort mehr oder weniger sanften Druck auf jene Zugesiedelten ausübt, die nicht Muslime sind. Sie sollen verschwinden als Erblast Moskaus.

Inzwischen gibt es kaum noch eine Religionsgemeinschaft, die in Rußland nicht Fuß gefaßt hat. In Moskau sieht man Zeugen Jehovas genauso wie Anhänger Krischnas. Adventisten, Duchoborzen usw. sind registriert, das heißt rechtlich anerkannt worden. Die Situation in den anderen Republiken ist nicht gleich, aber im Rahmen der Religionsfreiheit sind rechtlich die Voraussetzungen da. Verärgert ist man in Rußland, aber auch in den baltischen Staaten über den Zustrom von Sekten, die vor allem von ihren amerikanischen Glaubensgefährten geschickt worden sind. Sie verfügen über viel Geld, können Großveranstaltungen abhalten, Rundfunksendungen ausstrahlen. Mehr oder weniger hilflos steht ihnen der einfache Russe gegenüber, der sich für Glaube und Religion interessiert: Welcher Gott ist denn nun der richtige?

Aber auch innerhalb von Religionsgemeinschaften gibt es Spannungen. In der Verfolgungszeit waren sie teilweise verdrängt oder verdeckt. Das Moskauer Patriarchat ist zur Zeit in einer besonders schwierigen Situation. Es ist in der Vergangenheit allgemein bekannt gewesen,

daß das Patriarchat erhebliche Zugeständnisse an das Regime gemacht hat. Jetzt beweisen Akten, daß selbst Hierarchen im unmittelbaren Dienst des KGB gestanden haben. Allzulange zögert man im Patriarchat, daraus Konsequenzen zu ziehen. Eine Reihe von orthodoxen Gemeinden hat sich inzwischen der orthodoxen Auslandskirche unterstellt und sich vom Patriarchat getrennt. Über die Spannungen zwischen der unierten Kirche in der Ukraine und dem Heiligen Stuhl ist bereits berichtet worden.

Aber auch im muslimischen Bereich gibt es zahlreiche Konflikte. Kaum jemand bei uns weiß, daß es auch unter muslimischen Völkerschaften zu Blutvergießen gekommen ist. Einige Würdenträger des Islam, die zu eng mit dem Regime zusammengearbeitet haben, mußten gehen. Nun geht es um die Annäherung zwischen den vereinfacht ausgedrückt – „orthodoxen“ Muslimen und den Anhängern des „Schattenislam“. Darunter versteht man jene muslimischen Gruppierungen, die in der Zeit der Verfolgung von Wandermullahs illegal betreut wurden. Hier hat sich mancher Aberglaube und Sonderglaube eingenistet.

Die Sehnsucht nach neuen – oder alten – Werten ist ungeheuer groß. Ein russisches Sprichwort sagt: Die Toten klammern sich an die Beine der Lebenden. Man kann das positiv auslegen. Man kann es aber auch negativ werten, daß die Lebenden sich nicht vorwärts bewegen können. So gibt es in Rußland eine Strömung, die sich zwar klar vom Kommunismus abgrenzt, gleichzeitig jedoch alles Westliche ablehnt. Demokratie westlicher Art und Marktwirtschaft seien nicht für Rußland geeignet. Die junge Generation der einstigen Sowjetunion ist nicht nur auf die materielle, sondern vor allem auf die geistige Hilfe aus dem Westen, insbesondere der Kirchen, angewiesen.

Paul Roth